
Dokumentation

In der knapp fünfzigjährigen Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands hat es nur 12 Jahre gegeben, die als Jahre der Vollbeschäftigung bezeichnet werden können: 1960 bis 1973. Nur in dieser kurzen Zeitspanne konnte jeder Arbeit finden, lag die Arbeitslosigkeit—mit Ausnahme des Jahres 1967—unter zwei Prozent.

Seither ist das Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, immer mehr in den Hintergrund gerückt. Angesichts von vier Millionen Arbeitslosen, darunter 950 000 Menschen, die seit langem ohne Arbeit sind, scheint ein wachsender Teil der Politik, aber auch ein Teil der Bevölkerung, immer mehr bereit, vor der Massenarbeitslosigkeit zu resignieren und in Tatenlosigkeit zu verfallen. „Diese Tatenlosigkeit“, so hat der DGB in einem Aufruf für mehr Beschäftigung erklärt, „ist unverantwortlich, denn Massenarbeitslosigkeit ist Gift für das Zusammenleben der Menschen und das demokratische Gemeinwesen. Diese Tatenlosigkeit ist unverantwortlich, weil sie Armut, Obdachlosigkeit und rechtsextremistische Gewalt fördert. Diese Tatenlosigkeit ist unnötig, weil es Instrumente und Wege gibt, Massenarbeitslosigkeit schrittweise zu überwinden.“

Der DGB hat im Juli 1994 eine *Fünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung* vorgelegt. Sie soll deutlich machen, so der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte bei ihrer Präsentation, daß „Arbeitslosigkeit weder ein Naturereignis noch ein Sachzwang ist“, und daß Deutschland die Arbeitslosigkeit hat, „die es politisch zuläßt“. Es gibt keinen einfachen Weg zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, sondern es bedarf vieler Schritte. Die *Fünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung* ist ein Beitrag dazu. Mit ihrer Hilfe könnten bis zum Jahre 2000 rund 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen und damit der Mangel an Arbeitsplätzen halbiert werden. Sie ist eine Aufforderung an die Politik zu handeln.

Die im folgenden in Auszügen dokumentierte *Fünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung* löst die bisher zu den Bundestagswahlen vorgelegten *Wahlprüfsteine des DGB* ab. Sie lag den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, deren Beiträge wir in diesem Heft dokumentieren, vor.

Die Redaktion

Fünf-Wege-Strategie des DGB zu mehr Beschäftigung

Rund vier Millionen Menschen wird nach offiziellen statistischen Angaben die Teilnahme am Arbeitsleben verweigert. Es fehlen bereits heute etwa sechs Millionen Arbeitsplätze. Wir befinden uns auf abschüssiger Bahn und drohen in ein Meer weiter anschwellender Arbeitslosigkeit abzurutschen. Eine Konjunkturbelebung wird die Erosion der Beschäftigung höchstens stoppen, aber nicht umkehren können. Es zeichnet sich ein Aufschwung ohne ausreichende zusätzliche Arbeit ab, in dem sich die Ausgrenzung der Arbeitslosen verfestigt.

Die wachsende Globalisierung der Märkte, die Internationalisierung der Pro-

duktion und Kapitalverschiebungen auf deregulierten globalen Finanzmärkten sowie die zunehmende Zerstörung der Umwelt schaffen neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik. Sie verlangen nach neuen Antworten. Wir müssen die wachsende Massenarbeitslosigkeit entschlossen zurückdrängen. Dazu sind große Anstrengungen unserer Gesellschaft notwendig.

Der DGB will die politisch Verantwortlichen wachrütteln. Er fordert auf zum Gespräch und zum Handeln. Er will die Aktivitäten der gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen helfen. Nur wenn sich die politisch und gesellschaftlich tragenden Kräfte zu einer gemeinsamen Anstrengung zusammenraufen, besteht noch die Chance, den fatalen und schlei-

chenden Marsch in eine radikalisierte und geteilte Gesellschaft zu verhindern.

Schnelles Handeln ist geboten

Der Sockel an Arbeitslosigkeit ist bisher von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus angestiegen. Und die Erfahrung zeigt: Arbeitslosigkeit ist um so schwerer abzubauen, je mehr Menschen betroffen sind, je länger sie dauert. Wir dürfen vor dem bereits dramatischen Ausmaß an Unterbeschäftigung nicht kapitulieren. (...)

Für mehr Arbeit gibt es einen gewaltigen Bedarf. Die Industriegesellschaft braucht neue Wege ins 21. Jahrhundert. Sie muß modernisiert und neu strukturiert werden, um den erreichten Wohlstand erhalten und ausbauen zu können. Modernisierung heißt nicht nur, neue Produkte zu schaffen. Sie heißt auch Eröffnung neuer Perspektiven für eine humane Zukunft der Arbeit und den Erhalt der Umwelt. Die Menschheit ist dringend auf neue Problemlösungen angewiesen, will sie den Erdball nicht auf Dauer ruinieren. (...)

Wir brauchen ein koordiniertes Vorgehen aller entscheidenden Kräfte: der staatlichen Institutionen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Der Staat muß seine beschäftigungspolitische Verantwortung ernstnehmen und seine vielfältigen Handlungsmöglichkeiten konsequent ausschöpfen. Die Unternehmen müssen ihre Strukturen modernisieren und der Beschäftigungssicherung einen höheren Stellenwert einräumen. Die Gewerkschaften werden auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre einen Schwerpunkt ihrer Tarifpolitik auf die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit legen. Sie verpflichten sich - in Abhängigkeit vom jeweiligen Tarifgebiet - zu einem verstärkten Engagement für die Verkürzung der Arbeitszeiten, z. B. auch in Form der Verlängerung von Qualifizierungszeiten oder der Durchsetzung von Beteiligungszeiten und sozialen Pausen. Die Gewerkschaften halten am Rechts- und Sozialstaat, an der Demokratie und der sozialverpflichteten Marktwirtschaft mit den konstitutiven Elementen der Tarifautonomie und des Wett-

bewerbs fest. Sie betonen nachdrücklich den Verfassungsrang für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. (...)

Vorschläge und Perspektiven des DGB

Das Zukunftsmodell einer ökologisch nachhaltigen, sozialen und demokratischen Industriegesellschaft muß allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen Erwerbschancen eröffnen. Das ist möglich, kann aber nur gelingen, wenn wir schnell und konsequent die richtigen Schritte einleiten und die erforderlichen Weichenstellungen vornehmen. (...)

Das Engagement für die Vollbeschäftigung ist durch eine mittelfristige beschäftigungspolitische *Zielvorgabe* im nationalen Rahmen nach dem Beispiel des Weißbuchs der Europäischen Union über Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung zu konkretisieren. Für die Bundesrepublik erfordert das als Zielsetzung:

- die Halbierung der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000,
- die Schaffung von mindestens drei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen bei leistungsgerechten Arbeitseinkommen und menschengerechten Arbeitsbedingungen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele brauchen wir eine *Fünf-Wege-Strategie*:

- konjunkturpolitische Impulse,
- einen Schub an Innovationen, verbunden mit einer ökologisch verträglichen Industrie- und Regionalpolitik,
- eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive,
- mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine gerechte Verteilung der Arbeit, sowie
- Arbeitsmarktbrücken.

1. Mit konjunkturpolitischen Impulsen Bahn für mehr Beschäftigung brechen

Die Bundesregierung redet derzeit vom konjunkturellen Aufschwung. Das ist nicht viel mehr als Zweckoptimismus: Gerade 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der Bundesrepublik sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute für 1994 voraus, für Westdeutschland sogar

nur 1 Prozent. Das reicht nicht, um den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen zu stoppen, geschweige denn, die vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen. (...)

Der DGB fordert Bundesregierung und Bundesbank zu konjunkturpolitischen Impulsen durch folgende Maßnahmen auf:

- Vorziehen vergabefertiger öffentlicher Investitionen, insbesondere zur besseren Ausrüstung des Verkehrs-, Telekommunikations- und Energiesektors und zur Entlastung der Umwelt;
- Einführung einer befristeten Investitionszulage von 7,5 Prozent. Diese Zulage sollte auf Ausrüstungsinvestitionen begrenzt werden, die zwischen dem 1. Juli 1994 und dem 30. Juni 1995 getätigt werden und das Investitionsvolumen des einzelnen Unternehmens im Jahre 1993 überschreiten;
- Flankierung der finanzpolitischen Investitionsimpulse durch eine Absenkung des Diskont- und Lombardsatzes der Deutschen Bundesbank auf höchstens drei bzw. vier Prozent;
- auch das zeitliche Vorziehen der Aufträge für das Aufbauprogramm Ost in Höhe von 6,6 Mrd. DM ist überfällig.(...)

2. Innovationen, Industrie- und Regionalpolitik: Der entscheidende Hebel zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes

(...) Der Bedarf an Innovationen ist riesengroß. Sich wandelnde Wertvorstellungen der Menschen, menschengerechte Arbeitsbedingungen und insbesondere zunehmende ökologische Risiken benötigen neue Lösungen. Da, wo Wirtschaft und Politik ihre Anstrengungen auf diese Bedarfe der Zukunft richten, erschließen sie enorme wirtschaftliche Potentiale. Die Weltmärkte, auf denen geeignete Problemlösungen gehandelt werden, bestehen bereits und expandieren laufend. Allein dem Weltmarkt für Umweltprodukte werden bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts zweistellige jährliche Wachstumsraten prognostiziert.

Im Bereich der Umwelttechnologie haben Unternehmen in Deutschland noch

eine solide Ausgangsposition, in vielen anderen Feldern bestehen jedoch erhebliche Versäumnisse. In einigen Bereichen ist sogar der Anschluß an den neuesten technischen Fortschritt verpaßt worden. Ein Nachlassen der Innovationsdynamik ist unübersehbar. Deshalb müssen Versäumnisse aufgeholt und neue Technologie- und Produktionsfelder erschlossen werden, Ökologie- und Sozialverträglichkeit sollten dabei selbstverständlich sein. Dazu gehören z. B. die Nano- und Mikroelektronik, die Mikrosystemtechnik, die Photonik, die Zell- und Biotechnologie und die Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe. Sie bilden die Basis für den Aufbau der Schlüsselindustrien des 21. Jahrhunderts und damit der Arbeitsplätze von morgen. (...)

Die staatliche Politik muß diesen Innovationsschub und den sozial-ökologischen Umbau massiv unterstützen. Für die Mobilisierung von Innovationen hat sich die Formulierung ehrgeiziger politischer Ziele, deren Verwirklichung einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Gruppen bedarf, als äußerst erfolgreich erwiesen. Für eine solche Verabredung brauchen wir den Konsens der Gesellschaft. Um diesen zu finden und zu gewährleisten, ist ein gruppenübergreifender Zukunftsdialog erforderlich. Deshalb fordert der DGB auch die Berufung eines industrie- und technologiepolitischen Sachverständigenrates unter Beteiligung von Vertretern aus Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaften. (...)

Entwicklung und Nutzung der innerbetrieblichen Innovationspotentiale

Oft behindern traditionelle Formen der Arbeitsorganisation in den Unternehmen Prozeß- und Produktinnovationen. Viele Unternehmen halten bis heute an überholten Konzepten der Organisation in Fertigung, Verwaltung, Forschung und Entwicklung fest. Hierarchie- und technikorientierte Organisationsformen haben zu einer Vernachlässigung von Qualifikationen und Erfahrungen der Beschäftigten geführt. Notwendig sind der Umbau und die Erneuerung der Organisations-

Strukturen, damit die Qualifikationen und Erfahrungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser genutzt und entwickelt werden. Ansatzpunkte hierzu sind flachere Hierarchien, mehr Gruppenarbeit und mehr Eigenständigkeit für die Beschäftigten. Moderne Beteiligungskonzepte sollten z. B. beim Öko-Audit der Unternehmen umgesetzt werden. Die Betriebsräte sowie die Gewerkschaften sind bereit, im Rahmen von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen die Rahmenbedingungen für eine schnelle Umsetzung von wirtschaftlich effizienten und menschengerechten Formen der Arbeitsgestaltung und der Arbeitsorganisation zu schaffen. (...)

Ausbau und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur

Trotz einer funktionsfähigen Infrastrukturausstattung in Westdeutschland besteht ein erheblicher Investitionsbedarf für eine umweltverträgliche Gestaltung der Verkehrs-, Energie- und Entsorgungsinfrastruktur. Notwendig ist eine stärkere ökologische Orientierung der Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen Maßnahmen zur verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger und zur Einsparung des Energieverbrauchs sowie zum Erhalt und Aufbau einer umweltverträglichen Wasser- und Abfallwirtschaft.

Angesichts der künftigen Anforderungen an moderne Kommunikationssysteme gilt es, die Investitionen im Bereich der Telekommunikation zu verstärken. Dabei ist eine flächendeckende Versorgung in Deutschland zu gewährleisten.

Ein großer Nachholbedarf für alle Infrastrukturbereiche besteht noch immer in Ostdeutschland und bei der Verknüpfung der nationalen Systeme mit den europäischen Nachbarstaaten. (...)

Ausbau von Forschung und Entwicklung

Grundlegende Voraussetzung für betriebliche Innovationen ist eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur. Die Kürzungspolitik der Bundesregierung, aber auch mangelnde Effizienz einiger Hoch-

schulen und Großforschungseinrichtungen haben zu offenkundigen Defiziten geführt. Notwendig ist deshalb die Sicherung und der Ausbau leistungsfähiger Forschungseinrichtungen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Ausbau der Förderung von Forschungsvorhaben sowie Markteinführungshilfen für Produkte und Verfahren zugunsten einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung, die Verstärkung der anwendungsorientierten Forschung und die Förderung der Kooperation von Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaften, insbesondere bei Schlüsseltechnologien. (...)

Modernisierung der öffentlichen Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung ist leistungsfähig. Aber auch sie braucht Innovation und Modernisierung. Häufig, z. B. in der Finanz- oder in der Arbeitsverwaltung, bestehen wegen unzureichender Personalausstattung Vollzugsdefizite. Geringe Entscheidungskompetenzen, aufwendige Dienstwege, und starke Hierarchien verhindern eigenverantwortliches Handeln. Der zentralistische Aufbau, die Bürgerferne und geringe Kundenorientierung sowie unklare Mehrfachzuständigkeiten und teilweise ungünstige Öffnungszeiten erschweren der Bevölkerung den Zugang zu den Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung. Diese häufig noch anzutreffenden Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen entsprechen weder den Bedürfnissen der Beschäftigten, noch den Wünschen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Komplexere Genehmigungsverfahren erfordern z. B. schnellere Entscheidungen und mehr Effizienz. Bürgernähe und Dezentralisation, eine stärkere Produkt- und Ergebnisorientierung, Abbau von Hierarchien und Einführung von Gruppenarbeit sind nur einige Stichworte, die den Weg der Erneuerung kennzeichnen sollen. (...)

Wirksame Regionalpolitik im vereinigten Deutschland notwendiger denn je

Neben dem Bund-Länder-Finanzausgleich ist eine aktive regionale Entwick-

lungspolitik insbesondere für die neuen Bundesländer erforderlich. Der DGB fordert integrierte regionale Entwicklungspläne, die mit Beteiligung der Gewerkschaften erstellt werden und die die Grundlage für alle regional wirksame Fördermaßnahmen (Investitionen, Infrastruktur, Wohnungsversorgung, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik, Technologieförderung) sein müssen. Vorrangig zu entwickelnde Standorte müssen benannt werden, um die Fördermaßnahmen besser konzentrieren und koordinieren zu können. Im Mittelpunkt sollte die industrielle Entwicklungsförderung stehen, um der anhaltenden Deindustrialisierung Einhalt zu gebieten und die verbliebenen industriellen Kerne sichern und sanieren zu können. Notwendig ist hierzu die Neufassung des Gesetzes über die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, indem die Wirtschaftsförderung stärker auf integrierte Entwicklungsplanung orientiert und die Mitwirkung von „Wirtschafts- und Sozialpartnern“ wie bei den Strukturfonds der EU vorgeschrieben wird. (...)

Sicherstellung ökonomischer, ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen

Eine Innovationsoffensive bedarf neben der Bereitstellung von Infrastruktur und einer modernen öffentlichen Verwaltung gesetzlicher Regelungen und politischer Rahmenbedingungen. Mit aller Entschiedenheit wehrt sich der DGB gegen die Deregulierungskampagnen der Bundesregierung. Nicht nur aus sozial- und umweltpolitischen, sondern gerade auch aus wirtschaftspolitischen Gründen sind sozial- und umweltrechtliche Vorschriften notwendig: Wenn soziale Stabilität und umweltverträgliche Entwicklung nicht gewährleistet werden können, ist der Wirtschaftsstandort selbst gefährdet. (...)

3. Durchführen einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive: Investieren in menschliche Fähigkeiten

Menschliches Wissen und Können wird zum Schlüsselfaktor des zukünftigen Quali-

täts- und Innovationswettbewerbes. Investitionen in die schulische Allgemeinbildung, in die berufliche Erstausbildung und in die Weiterbildung haben deshalb nicht nur einen hohen Eigenwert, sondern sind auch aus wirtschaftlicher Sicht Zukunftsinvestitionen. Qualifikationspolitik ist auch Beschäftigungspolitik: Der Rückweg aus der Arbeitslosigkeit und der Umstieg von bedrohten auf stabilere Arbeitsplätze setzt in der Regel den Erwerb neuer, und die Erhaltung zukunftssträchtiger Qualifikationen voraus.

Weil die zukunftssträchtigen Schlüsselindustrien der nächsten Jahrzehnte auf komplexen Technologien beruhen, wird qualifiziertes Personal zum einzigen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil. Die berufliche Erstausbildung allein reicht immer weniger aus, ausreichende Kenntnisse und stabile Qualifikationen für längere Zeiträume zu vermitteln. Die Verkürzung der Innovationszyklen und die Schnelligkeit des technisch-organisatorischen Wandels erfordern die fortlaufende Aneignung neuen Wissens. Permanente Weiterbildung wird unumgänglich. (...)

Wir brauchen eine Offensive für mehr Bildung und Qualifikation. Schulen, Fachhochschulen und Hochschulen sind auszubauen und zu modernisieren. Das duale System der Berufsausbildung muß gestärkt und seine Attraktivität erhöht werden. (...)

Für eine umfassende, sozial wie ökologisch und ökonomisch produktive Bewältigung des Strukturwandels muß die Weiterbildung insgesamt, vor allem aber die berufliche Weiterbildung zu einer gleichberechtigten vierten Säule im Bildungssystem ausgebaut werden. (...)

4. Ausbau der Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gerechte Verteilung der Arbeit

Auf der Grundlage der Tarifautonomie haben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in den letzten vier Jahrzehnten ein differenziertes Geflecht von wirtschaftlich vernünftigen und sozial fortschrittlichen Verträgen geschaffen. Ein-

mischungen von außen haben sich stets als wenig hilfreich erwiesen. Sie erschweren die komplizierte und oft langwierige Findung angemessener Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Tarifautonomie ist ein unverzichtbares Element unserer Demokratie, sie stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Flächentarifverträge müssen im Hinblick auf die Modernisierung der Branchen und Regionen fortentwickelt werden. Das ist der Weg, auf dem der DGB und seine Gewerkschaften die Zukunft gestalten wollen — nicht durch Deregulierung, sondern durch Gestaltung.

(...) Durch Wachstum wird zwar die Beschäftigungsschwelle überschritten werden können, aber nicht die Vollbeschäftigung erreicht werden. Deshalb sind auch in Zukunft weitere Verkürzungen der Arbeitszeit erforderlich, wobei alle Variationen offensiv verfolgt werden müssen.

Auch von Arbeitgeberseite wurde in der Tarifrunde 1994 anerkannt, daß durch Arbeitszeitverkürzungen Arbeitsplätze gesichert werden können. Zugleich wurde durch außerordentliche Arbeitszeitverkürzungen in krisengeschüttelten Branchen und Unternehmen signalisiert, daß das Ziel der DGB-Gewerkschaften - die 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten - eine wichtige und richtige Etappe ist. Die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte in einigen Bundesländern weist deshalb in die falsche Richtung und muß zurückgenommen werden.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden/Woche in allen Wirtschaftsbereichen könnte rund 1,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse erhalten bzw. neu schaffen. Die stärkere Umwandlung von Lohnzuschlägen für Nacht- und Sonntagsarbeit in entsprechenden Freizeitausgleich würde rein rechnerisch der Bezahlung des Arbeitsvolumens von rund 700 000 Beschäftigten entsprechen. Die Halbierung der gegenwärtigen Überstundenzahl würde weitere rund 500 000 Arbeitsplätze sichern und schaffen. Auch über die Ausweitung des Angebots an sozial abgesicherten Teilzeitstellen, über

befristete Freistellungen (Sabbaticals) oder über flexible Regelungen eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand können große Potentiale an Beschäftigungsverhältnissen erschlossen und gleichzeitig den Wünschen vieler Menschen nach flexibleren Erwerbsarbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität Rechnung getragen werden.

5. Stabilisieren und Erweitern von Arbeitsmarktbrücken

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig, um die sich weiter öffnende „Beschäftigungslücke“ zu verkleinern. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist unter bestimmten Auflagen eine vernünftige und zwingende Alternative zu Arbeitslosigkeit. Sie ersetzt die Finanzierung von Arbeitslosigkeit durch die Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit. Der DGB sieht zahlreiche unversorgte Bedarfslücken, die durch den Markt nicht oder nicht ausreichend bedient werden können. Gleichzeitig stellt sich die Aufgabe, durch Arbeitslosigkeit bedrohte Qualifikationspotentiale der Menschen zu erhalten und zu verbessern, mit aller Dringlichkeit. Gezielte und massive Qualifizierungsprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden beiden Aufgaben gerecht. Durch den Bau solcher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktbrücken kann die Integrationsfähigkeit der Betroffenen in das Beschäftigungssystem erhalten werden. Gleichzeitig wirken sie den persönlichkeitszerstörenden und demotivierenden Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Menschen entgegen.

Für individuelle Überbrückungsmaßnahmen und für eine zukunftsorientierte individuelle berufliche Weiterbildung sind die klassischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse, Fortbildung und Umschulung, Einarbeitungszuschüsse, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld nach wie vor erforderlich. Sie waren und sind erfolgreich bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Ihr Finanzvolumen darf bei anhaltender

Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut werden. Die Maßnahmen müssen verstärkt und ausgebaut werden.

Für große strukturelle Einbrüche müssen neue arbeitsmarktpolitische Beschäftigungsmöglichkeiten und -projekte entwickelt und angeboten werden. Dazu sind Lösungen im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung, z. B. durch Beschäftigungsgesellschaften vor Ort erforderlich, die an einer Kooperation mit den gesellschaftlichen Gruppen und einer Koordination verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten orientiert sein müssen.

Diese Beschäftigungsinitiativen müssen angesichts der Größenordnung der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit längerfristig konzipiert sein und ohne zeitliche Begrenzung tätig werden. Dabei sollten für die individuelle Teilnahme von Arbeitslosen drei- bis fünfjährige Maßnahmezeiten vorgesehen werden.

Die Projekte und ihre Bedarfswelder müssen:

- a) abgrenzbar sein vom privaten Marktwettbewerb, sowie von Aufgaben des öffentl. Dienstes, um vorhandene Arbeitsplätze nicht zu gefährden;
- b) gesellschaftlich sinnvolle und nützliche Arbeiten erbringen;
- c) zielgruppenorientiert Personengruppen entsprechend ihrem Auftrag und der arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit aufnehmen;

d) das Überwecheln in den regulären Arbeitsmarkt für den Arbeitnehmer und

e) das Ausgründen in private Betriebe und damit in Existenzgründungen ermöglichen.

Die Projekte benötigen ein professionelles Management, Stammkräftepersonal und eine orts- und branchenübliche Ausstattung. Die Beschäftigten sollen zu normalen arbeitsrechtlichen, betriebsverfassungs- bzw. personalvertretungsrechtlichen Bestimmungen und nach tarifvertraglich vereinbarten Bestimmungen tätig werden.

Zielgruppen für derartige Beschäftigungsinitiativen sind:

- Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte bereits in der Vor- und Anfangsphase von Arbeitslosigkeit;
- qualifizierte arbeitslose Arbeitnehmer, um sie möglichst qualifiziert zu beschäftigen und so einer Entwertung ihrer Qualifikation oder einer individuellen Abstufung ihrer Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken;
- Langzeitarbeitslose, um so ihre Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten;
- Frauen - besonders Rückkehrerinnen -, um ihren Anspruch auf Berufstätigkeit umzusetzen;
- Schwervermittelbare, um hier längerfristig wirkende Integrationsaufgaben anzugehen.